

aktuell



Trotz Spar-Budget:

Investitionen in

■ **Bildung**

■ **Forschung**

■ **Gesundheit**

Die beiden Konjunkturpakete 2009 und 2010 haben dafür gesorgt, dass Österreich vergleichsweise gut durch die Weltwirtschaftskrise gekommen ist. Die Maßnahmenpakete haben aber viel Geld gekostet – Geld, das allerdings hervorragend investiert war. Denn die Kaufkraft wurde gefördert und damit die Wirtschaft und die Arbeitsplatzsicherheit. Die ausgezeichneten Eckdaten in Sachen Wirtschaft und Beschäftigung geben der SPÖ-geführten Regierung und ihren Maßnahmen recht. Trotzdem ist es nötig, die Defizit-Entwicklung weiter einzubremsen. Große Sprünge lassen sich also nicht machen, will man verantwortungsvoll mit dem Staatssäckel umgehen. Kürzungen an der falschen Stelle, dort wo eine florierende Entwicklung bei der Bildung, Forschung und Gesundheit eingebremst würde, wird es mit der SPÖ ebenso wenig geben wie Sozialabbau. Daher werden die Investitionen in diesen Bereichen weitergeführt. Erleichtert wird dies durch die Tatsache, dass die SPÖ die vermögensbezogenen Steuern 2010 bei der Regierungsklausur in Loipersdorf durchgesetzt hat. Allein 2012 bringen sie eine Milliarde Euro für das Budget.

Eure Redaktion



Zwei interessante „Österreich2020“-Veranstaltungen gab es letzte Woche: In Innsbruck fand ein Zukunftsdiskurs zum Thema Fremdenrecht statt und im Parlament in Wien ein Expertengespräch zur Behindertenpolitik.....S. 15

THEMEN DER WOCHE

Innovationsindex – Österreich legt zu

1. Schweiz
2. Singapur
3. Schweden
- 8. Österreich**



Quelle: APA/Telekom-Stiftung/Bund der dt. Industrie | Grafik: SPÖ

Österreich technologisch auf der Überholspur

Österreich hat sich beim so genannten Innovationsindikator in den letzten beiden Jahren deutlich verbessert: Nämlich vom 14. Platz auf den hervorragenden 8. Platz. Der Index vergleicht die Innovationskraft von 26 Industriestaaten. Infrastrukturministerin Doris Bures ist erfreut über die gute Entwicklung: „Unsere Investitionen in Forschung und Entwicklung tragen Früchte.“ ♦

Bildungsvolksbegehren: Jede Unterschrift zählt!

Für das Thema Bildung kann es gar nicht genug Unterstützung geben. Vom **3. bis 10. November** kann auf jedem Gemeindeamt für das Bildungsvolksbegehren unterschrieben werden.



Alle Infos unter www.vbbi.at oder bei der Gratis-Info-Hotline 0800 204 400.



BMASK

Schon 255 Rot-Weiß-Rot-Cards

Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat die neue Rot-Weiß-Rot-Card, die Grundlage eines neuen kriteriengeleiteten Zuwanderungssystems, präsentiert. Für den Minister steht fest: „Wir brauchen Menschen mit speziellen Qualifikationen.“ Vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich oder in den Bereichen IT und Technik seien Fachkräfte notwendig. 255 Bewilligungen für eine Rot-Weiß-Rot-Card wurden bis zum 30. September bereits ausgestellt. „Dabei handelt es sich um eine Mischung aus allen möglichen Sektoren“, sagt Hundstorfer. Um für die Rot-Weiß-Rot-Card zu werben, gibt es seit erstem September im Internet eine Migrationsplattform, auf der sich weltweit Menschen über Kriterien und Möglichkeiten informieren können, in Österreich zu leben und zu arbeiten. Das Portal ist unter www.migration.gv.at/ verfügbar. ♦

„Die Reduzierung von CO₂-Emissionen und die Erhöhung der nationalen Energiesicherheit können nicht als Argumente für den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken akzeptiert werden. Dies gilt für alle AKW-Staaten.“

SPÖ-Umweltsprecher Hannes Weninger

Metaller-Kollektivvertrag

Gutes Ergebnis bei Metaller-KV-Verhandlungen

Bundeskanzler Werner Faymann begrüßt die erreichte Einigung in den Kollektivvertragsverhandlungen für die Metallindustrie. Der Lohnabschluss von im Schnitt 4,3 Prozent sei für alle Seiten vertretbar.

Ich gratuliere den Verhandlungspartnern zu diesem guten Ergebnis. Sie haben den erfolgreichen Weg der österreichischen Sozialpartnerschaft fortgesetzt, der sowohl die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellt, als auch den Wirtschaftsstandort im Auge behält“, sagt der Bundeskanzler. Der Metaller-Abschluss

bringt eine gestaffelte Einkommenserhöhung für die 165.000 Beschäftigten der Branche. Der Mindestlohn für die nächsten zwölf Monate liegt somit bei 1.583 Euro – nach zuletzt 1.515 Euro brutto. ♦

„Der Lohnabschluss stärkt die Kaufkraft der Bevölkerung. Das hilft den Menschen und der Konjunktur“, sagt Faymann.



HB



Wer hat das Sagen?

Viele haben immer mehr das Gefühl, dass nicht die Politik, sondern die Finanzmärkte bestimmen, wohin es geht. Viele sehen die Demokratie auch an einer Weggabelung: Entweder dominieren weiterhin die wirtschaftlichen Eliten, oder es kommt zu neuen Formen der Demokratie. Noch nie war die Frage so brisant: Wer hat das Sagen?

Der Einflussbereich der Finanzmärkte wird besonders am Beispiel Griechenlands sichtbar. Nicht der Wählerwille ist hier das entscheidende Kriterium, sondern die Bewertung der Rating-Agenturen. Der globalisierte Finanzmarkt ist dominiert von undurchsichtigen Finanzprodukten – endlose Zahlenreihen, die per Mausklick um die ganze Welt geschickt werden. Mit ganz konkreten Auswirkungen auf Aktienkurse und somit auf Auftragslage und Arbeitsplätze.

Colin Crouch, ein führender Politikwissenschaftler, hat diesen Misstand bei einer Diskussion im Kreisky Forum – bei dem Robert Misik sein Buch „Genial dagegen“ vorgestellt hat – auf den Punkt gebracht: Die Politik ist in einer Krise. Die wirtschaftlich Mächtigen diktierten – und sie diktierten weiterhin den Weg. Die Auswirkungen auf die Menschen sind sichtbar. Diese werden immer resignierter und wenden sich ab. Der damit verbundene Pessimismus führt zu einem Erstarken der Rechtsparteien. Je mehr die Politik an Legitimität verliert – desto mehr gewinnen diese.

Die Antwort kann nur sein, das Vertrauen in die Demokratie wieder zu stärken. Es braucht wieder mehr Optimismus! Dazu muss aber auch die Gestaltungskraft wieder näher zu den Bürgerinnen und Bürgern gebracht werden. Starke, selbstbewusste Parteien und verhandlungsstarke Gewerkschaften sind hier die richtigen Initiatoren, um die Menschen zu motivieren. Es braucht das persönliche Engagement jedes Einzelnen!

Das beste Beispiel dafür ist die Metallergewerkschaft! Weil sie gut organisiert ist und stark für ihre Ziele eintrat, konnte sie ein – für viele Branchen – richtungsweisendes Ergebnis bei den Kollektivverhandlungen er-

zielen. Es ist ihnen – auch im Sinne einer aktiven Demokratie – für diesen Einsatz zu danken. Denn es zeigt deutlich, welche Ergebnisse eine Politik erzielen kann, die die Menschen hinter sich vereint.

Die Zukunft der Demokratie liegt bei den Bürgerinnen und Bürgern. Schon Kreisky hat dies erkannt und die Menschen aufgefordert, ein Stück des Weges mitzugehen. Bewegungen und Initiativen – beispielsweise im Umweltschutz oder gegen Atomkraft – leisten einen wichtigen Beitrag zu einer vitalen und lebendigen Demokratie. Auch die

„Starke, selbstbewusste Parteien und verhandlungsstarke Gewerkschaften sind die richtigen Initiatoren, um die Menschen zu motivieren.“

von der Sozialdemokratie forcierten Volksbefragungen sind Möglichkeiten, um die Gestaltungskraft wieder stärker in die Hände der Menschen zu legen.

Neue Anforderungen einer modernen Welt bringen auch neue Anforderungen an die Demokratie mit sich. Demokratie ist nicht nur auf den Raum der politischen Parteien begrenzt, sondern reicht in jeden Lebensbereich hinein. Entscheidend sind Debatten, verschiedene Meinungen, zulässige



Die „Occupy Wall Street“-Bewegung protestiert gegen soziale Ungerechtigkeit.

Kritik und auch die Sorge über Ungleichheit jeder Art! Und es muss klar sein: Das eine kann das andere nicht ersetzen – es geht darum sich zu ergänzen!

Das zeigt uns auch die weltweite „Occupy Wall Street“-Bewegung, welche gegen soziale Ungerechtigkeit und die grenzenlose Macht des Geldes auftritt. Wir müssen die Energien bündeln, um unsere Vorstellungen umzusetzen. Denn wenn wir die wirtschaftlichen Eliten wieder in ihre Schranken weisen, wenn wir gerechte Verteilung und einen Beitrag der Banken wollen, dann geht das nur, wenn wir die Massen hinter uns haben – Gewerkschaften, NGOs, alle, denen der allgemeine Wohlstand mehr wert ist als Gewinnmaximierung. Verteilungsgerechtigkeit ist das Ziel, für das wir uns einsetzen. ♦



Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laura.rudas



BUDGET

Klug sparen, gez

Trotz gedämpfter Konjunkturprognosen hält der Budgetpfad: Das Budget für 2012 ist ein Mix aus Sparen und gezielten Investitionen in die Zukunft. Das Defizit liegt mit 3,2 Prozent sogar unter dem Plan.



Ein Budget mit sozialdemokratischer Handschrift: In Bildung, Forschung und Gesundheit wird extra investiert.

Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr sind nicht sehr erfreulich: Nach einem kurzen, kräftigen Aufschwung sagen die Wirtschaftsforscher für 2012 lediglich 0,8 Prozent Wachstum voraus. Beim Budget für 2012 ging es deshalb um einen ausgewogenen Weg aus Sparsamkeit und Investitionen, wie Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Beschluss im Ministerrat betonte. Im Parlament soll das Budget für das kommende Jahr Mitte November verabschiedet werden.

Stabil in schwierigen Zeiten

Die aktuellen Diskussionen um die Bonität Frankreichs zeigen, wie notwendig ein stabiler Budgetpfad ist, um die hervorragende Bonität (Kreditwürdigkeit) Österreichs – das sogenannte Triple-A – zu halten. Staaten, die diese nicht mehr haben, müssen mehr Zinsen für die Staatsschuld zahlen. Österreich profitiert von dieser Bestbewertung gerade in der Bewältigung der Krise, dadurch wird das Budget deutlich entlastet. Der Staat muss zudem sparen, um auch künftig in Zukunftsbereiche investieren zu können und um für kommende Krisen gerüstet zu sein. So haben die Konjunkturpakete im Jahr 2009 dafür gesorgt, dass Österreich im internationalen Vergleich sehr gut durch die Krise gekommen ist. Diese Konjunkturpakete haben natürlich Geld gekostet. Gleichzeitig brauchen wir die richtigen Antworten auf die Wirtschaftsprognosen, um nicht der Konjunktur zu schaden.

Konsolidierungspfad hält

Die Eckpfeiler für das Budget 2012 wurden schon in den letzten Monaten gesetzt: Der Konsolidierungsweg, wie er im Herbst 2010 bei der Budgetklausur in Loipersdorf eingeschlagen wurde, hält. Im jetzt vorgelegten Budget ist die Defizit-Entwicklung sogar besser als noch im Frühjahr geplant: Für 2012 werden 3,2 Prozent Defizit angepeilt (im Frühjahr 2011 ging man noch von 3,3 Prozent aus). 2013 soll das Defizit bei unter 3 Prozent (Maastricht-Grenze) liegen, bereits 2015 bei 2 Prozent. Österreich steht damit im internationalen Vergleich recht gut da: In den 27 EU-Staaten wird durchschnittlich mit einem Defizit von 3,8 Prozent gerechnet; und das noch auf Basis der guten Konjunkturdaten vom Frühjahr. Gespart wird hauptsächlich auf der Ausgabenseite – durch strenge Budgetdisziplin und Strukturreformen in der Verwaltung.

Investieren in Zukunftsbereiche

Gleichzeitig hat die SPÖ dafür gesorgt, dass nicht kaputt gespart, sondern in Zukunftsbereiche zusätzlich investiert wird. „Wir setzen nicht auf Sozialabbau und das Zerstören von Investitionen oder gar eine Reduktion bei der Bildung“; im Gegenteil: bei Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung lege man zu, betont dazu der Bundeskanzler. Investitionen in eine aktive Arbeitsmarktpolitik, Forschung und Bildung stehen deshalb im Mittelpunkt des Budgets für 2012. Die Offensivmaßnahmen (Universitäten, Ganz-

tagsschulen, Forschung, thermische Sanierung) werden mit 400 Millionen Euro fortgesetzt.

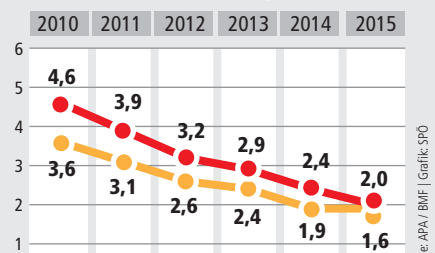
Eine Milliarde extra aus vermögensbezogenen Steuern

Durchgesetzt hat die SPÖ 2010 in Loipersdorf außerdem die vermögensbezogenen Steuern, die auch auf die kommenden Budgets wirken. Allein für 2012 bringen sie zusätzlich rund eine Milliarde Euro – und dieser Betrag wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Die von Bundeskanzler Werner Faymann durchgesetzte Bankenabgabe allein bringt mehr als 500 Mio. Euro pro Jahr, weitere hunderte Millionen Euro stammen aus der Vermögenszuwachssteuer, der Einschränkung von Stiftungsprivilegien, aus der Verschärfung bei der Konzernbesteuerung und aus dem verschärften Vorgehen gegen Steuerbetrug. ♦

Budget – Defizitentwicklung

Angaben in Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt)*

Gesamtstaatliches Defizit — davon Bund



*) laut Finanzrahmen

ielt investieren

INTERVIEW

„Richtige Prioritäten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten setzen“

Zinner

„SPÖ Aktuell“: Das Budget, das dem Parlament jetzt vorliegt, sieht für 2012 ein Defizit von 3,2 Prozent vor. Damit liegt Österreich über der Maastricht-Grenze von drei Prozent. Wann soll Österreich wieder darunter liegen?

Andreas Schieder: Österreich hat sich mit dem Bundesfinanzrahmengesetz im Frühjahr 2011 ein ambitioniertes Ziel gesetzt, das auf der einen Seite die Sparanstrengungen verstärkt, gleichzeitig auch Maßnahmen in den Bereichen setzt, die für die Zukunft des Landes von größter Bedeutung sind, damit Wachstum und Arbeitsplätze nicht gefährdet sind. Der Budgetrahmen, der von 2012 bis 2015 gilt, sieht vor, dass Österreich im Jahr 2013 unter die Maastricht-Grenze von 3 Prozent gelangt. Wir sind auf einem guten Weg dorthin, denn während der Finanzrahmen für das kommende Jahr ein Defizit von 3,3 Prozent vorsah, sind nun im Budget 2012 bereits 3,2 Prozent geplant.

Eine Schuldenbremse, die Schulden über einem gewissen Ausmaß verbietet, wäre das eine Lösung, damit die Staatsschulden nicht explodieren?

Schieder: Internationale Beispiele zeigen, dass Schuldenbremsen nicht unbedingt zum Erfolg führen. So hat zum Beispiel Großbritannien dieses Instrumentarium, verfehlt das selbst gesteckte Ziel aber trotzdem regelmäßig. In den USA führt die Schuldenbremse regelmäßig zu schweren politischen Differenzen und provoziert einen Stillstand. Die SPÖ steht für sukzessiven Schuldenabbau, eine mittel- und langfristige Planbarkeit des Budgets und die Möglichkeit, antizyklisch agieren zu können. Also in Zeiten guter Wirtschaftslage Ressourcen zu schaffen, die in Zeiten schwieriger wirtschaftlicher Entwicklung sinnvoll und zielgerichtet eingesetzt

werden können. Außerdem haben wir bereits Ausgabenobergrenzen für alle Ressorts.

Können die Budgetziele überhaupt halten, angesichts der düsteren Prognosen zum Wirtschaftswachstum?

Schieder: Wir müssen uns, nach einem kurzen, aber kräftigen Aufschwung auf wirtschaftlich schwierigere Zeiten einstellen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat seine Prognose für das kommende Jahr kürzlich deutlich nach unten korrigiert und geht nun von einem Wachstum von 0,8 Prozent im kommenden Jahr aus. Die düsteren Aussichten sind allerdings bereits in den Budgetvoranschlag für 2012 eingerechnet. Gerade weil die Zeiten wieder härter werden, gilt es, die richtigen Prioritäten zu setzen. Investitionen in eine aktive Arbeitsmarktpolitik, Forschung und Bildung stehen daher im Mittelpunkt des Budgets für das kommende Jahr. Die Offensivmaßnahmen für Ganztagschulen, Universitäten, Forschungsförderung und thermische Sanierung werden auch im kommenden Jahr mit insgesamt 400 Millionen Euro unterstützt. Wie bereits im Jahr 2008 und 2009 gilt es nun, Österreich mit ruhiger Hand und aktiver Prioritätensetzung durch die kommenden turbulenten Zeiten zu führen. Es ist damals gut gelungen, und wird auch diesmal gut gelingen.



„Wir sind auf gutem Weg dorthin“ – 2013 soll Österreich unter die Maastricht-Grenze beim Defizit kommen, sagt Finanzstaatssekretär Andreas Schieder.

Wie könnten sich die Probleme im Euro-Raum und im Speziellen in Griechenland auf das österreichische Budget auswirken?

Schieder: Europa befindet sich in einer kritischen Situation. Wir müssen gemeinsam für die Stabilität des Euro kämpfen und sorgen. Die Verunsicherungen der letzten Monate haben bereits jetzt das Wachstum gebremst. Es ist aber wichtig, dass Märkte, Investoren und Konsumenten Sicherheit bekommen. Ein Straucheln Griechenlands hätte auf jeden Fall einen weiteren Einbruch des Wachstums und der Beschäftigung zur Folge. Damit steigen auch die Schulden. Daher ist umso wichtiger, die Gefahr einer Pleite Griechenlands mit allen Mitteln zu verhindern. Daher ist es auch entscheidend, dass der Eurorettungsschirm ESFS nun von allen Eurostaaten angenommen wurde. Nicht nur für Griechenland, sondern für ganz Europa. ♦

INTEGRATION

Miteinander statt gegeneinander

Für Bildungsministerin Claudia Schmied wird Integration in der Schule groß geschrieben. Das belegen zahlreiche Maßnahmen, die die Ministerin bereits gesetzt hat.



Christandi

Für Bildungsministerin Claudia Schmied ist klar, dass gelungene Bildung der Schlüssel zu gelungener Integration ist.



Fotolia

Mehr Deutschförderung

Das Bildungsministerium hat im Bereich „Sprache und Bildung“ bereits eine Reihe von Maßnahmen gesetzt: Dazu zählen verstärkte Deutschförderung für Schülerinnen und Schüler mit anderen Erstsprachen als Deutsch und mehr Sprachförderkurse genauso wie der Ausbau der kleineren Klassen und des Erstsprachenunterrichts. Ganz wichtig ist auch der Ausbau der ganztägigen Schulangebote – eine weitere Maßnahme, um den Erwerb der deutschen Sprache zu fördern, sagte die Ministerin bei der angeregten Diskussion mit den Schülern zum Thema Integration und Zusammenleben. Auch in der interkulturellen Elternarbeit ist das Bildungsministerium sehr aktiv: So wurde etwa die DVD „Treffpunkt Schule“ herausgegeben – ein mehrsprachiger und kostenloser Leitfaden für Eltern. Auch der Dialog mit Eltern und Migranten-Communities wurde intensiviert, informierte Ministerin Schmied. ♦

Prominenter Besuch in der Wiener HTL Ettenreichgasse im 10. Bezirk: Gemeinsam mit Bildungsministerin Schmied und Integrationsstaatssekretär Kurz waren drei IntegrationsbotschafterInnen – darunter Moderatorin Arabella Kiesbauer – gekommen, um über das wichtige

Thema Integration zu diskutieren und Vorurteile abzubauen. Für die Bildungsministerin ist klar: „Integration ist ein Thema, das uns alle angeht. Ganz wichtig ist hier die Bildung, denn sie ist der Schlüssel für ein Zusammenleben in Respekt und Wertschätzung.“

UNIVERSITÄTEN

Freier Hochschulzugang muss bleiben

Die ÖVP hat mit einem Auftragsgutachten die Diskussion zu Studiengebühren neu entfacht. Die SPÖ bleibt in Sachen Studiengebühren bei ihrer ablehnenden Haltung.



Picturedesk

Hunderte Studierende protestierten vor dem ÖVP-Wissenschaftsministerium gegen Studiengebühren.

Mit einer von vielen Seiten kritisierten „Hauruck-Aktion“ – wie Bildungsministerin Claudia Schmied zutreffend sagte – hat Wissenschaftsminister Töchterle den x-ten Versuch gestartet, die im Parlament abgeschafften Studiengebühren wieder einzuführen. Zur Erinnerung: Töchterle hatte vor kurzem ein von ihm beauftragtes Gutachten präsentiert, wonach die Unis ab März 2012 autonom Studiengebühren in beliebiger Höhe einheben könnten, falls sich die Regierung nicht auf eine Neuregelung der Bestimmungen einigt. Eine falsche Rechtsmeinung, wie eine Prüfung des Gutachtens durch den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts jetzt zeigt. Denn für das Einheben von Studiengebühren sind, so der Verfassungsdienst, weiterhin gesetzliche

Bestimmungen nötig. Damit wird „Töchterles Forderung nach autonom einzuhebenden Studiengebühren der rechtliche Boden entzogen“, stellt SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl klar. Bundeskanzler Werner Faymann hat zum Thema Studiengebühren seine ablehnende Haltung bekräftigt: „Meine Meinung ist bekannt: Die 150 Millionen Euro sollen direkt aus dem Budget kommen und nicht von den Studierenden“. Und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas sagt: „Ich bin es leid, ständig darüber zu diskutieren, wie man den Studierenden das Studium möglichst schwer macht, anstatt sie zu motivieren.“ Klar ist: Es muss das Ziel des Wissenschaftsministers sein, das Uni-Gesetz zu reparieren. Die SPÖ ist jederzeit zu konstruktiven Gesprächen darüber bereit. ♦

EUROPA

„futurazone europe“: Sozialdemokratische Perspektiven für Europa

Wie das Vertrauen der Bevölkerung gestärkt werden kann war Thema der Auftaktveranstaltung zu „futurazone europe“, dem europapolitischen Perspektiven-Projekt von Hannes Swoboda, dem Vizepräsidenten der S&D-Fraktion im EU-Parlament.



Gemeinsam mit Franz Vranitzky, Sandra Breiteneder und Martin Schulz entwickelt Hannes Swoboda sozialdemokratische Positionen für die Zukunft der EU.

Swoboda sieht schlechte Kommunikation als den ausschlaggebenden Grund für die europaweit herrschende EU-Skepsis. „Die Regierungen machen das Richtige, aber sie erklären es nicht“, sagt Swoboda. Er will auf die Menschen zugehen: „Es ist an der Zeit, den Leuten zuzuhören, welche

Probleme sie haben und darauf angemessen zu reagieren“, appellierte Swoboda. Der Fraktionschef der europäischen Sozialdemokraten, Martin Schulz, brach eine Lanze für eine stärkere Zusammenarbeit der EU-Staaten: „Der Nationalstaat kann vielleicht noch Identität liefern, aber Identität kann man nicht es-

sen. Der Nationalstaat kann den sozialen Schutz nicht gewährleisten.“ Neben Swoboda und Schulz diskutierten der frühere Bundeskanzler Franz Vranitzky und Sandra Breiteneder von den jungen europäischen Sozialisten (ECOSY) am Podium. ♦

INFO

Nächste Veranstaltung:

„Die arabische Welt zwischen Aufbruch und Repression“

27. Okt., 18:30 Uhr | Renner Institut

Hoffingergasse 33/Ecke Oswaldgasse

Eingang: Gartenhotel Altmannsdorf – Hotel 2

Infos zu dieser und allen anderen Veranstaltungen unter www.hannes-swoboda.at/futurazone

„100% SPORT“

Darabos startet Initiative für Gleichberechtigung im Sport

„100% Sport“ hat die Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Sport zum Ziel – und zwar auf allen Ebenen: In den Verbänden, bei der Berichterstattung und im Förderwesen.



Frauen leisten im Sport Herausragendes. Bei Förderungen und in Gremien sind sie jedoch stark benachteiligt. Sportminister Darabos will das nun ändern.

Ein paar Zahlen verdeutlichen das immer noch herrschende Ungleichgewicht im österreichischen Sport: Die Sportgremien – also die Fachverbände, die Dachverbände und die Sportorganisationen – sind zu 86 Prozent männlich besetzt. Im Österreichischen Olympischen Komitee (ÖOC) sitzen 92 Prozent Männer. Sportminister Norbert Darabos hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Missstand aus der Welt zu schaffen. Und „100% Sport“ ist ein weiterer Schritt in Richtung Gleichberechtigung.

Die Ziele des gleichnamigen Vereins sind klar: Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei der Besetzung von Sport-

gremien, bei der Sportberichterstattung, beim Förderwesen und beim Zugang zu Ressourcen, wie etwa Sportstätten. In allen 60 Fachverbänden werden Gender-Beauftragte nominiert, die beim Erfahrungs- und Informationsaustausch helfen werden. Weiters sollen Maßnahmen gegen sexuelle Diskriminierung im Sport gesetzt werden. Unterstützt wird die Initiative auch von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Österreich sei in Fragen der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Sport ein „Entwicklungsland“. Heinisch-Hosek betont: „Es ist hoch an der Zeit, dass wir uns dieses Themas annehmen.“ ♦

HYPO KÄRNTEN

„Größte Geldvernichtung bisher“

Die SPÖ hat eine parlamentarische Anfrage an Finanzministerin Maria Fekter vorgelegt, in der nach den Kosten der 2009 notverstaatlichten Hypo Alpe Adria für die Republik Österreich gefragt wird.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, der die Anfrage eingebracht hat, bezeichnet die vergangenen und künftigen Stützungsmaßnahmen für die Kärntner Bank als „größte Geldvernichtung durch Wirtschaftskriminalität und politische Korruption in der Geschichte Österreichs“.

Das Finanzministerium habe der „Kronen Zeitung“ bestätigt, „dass die Hypo Alpe Adria zumindest weitere drei Milliarden Euro Steuerzahlergeld verschlingt“, betont Kräuter.

Das Finanzministerium wies diese Darstellung umgehend zurück. Es sei nie die Rede davon gewesen, dass die Bank drei Milliarden an Eigenkapital brauche, sagte Harald Waiglein, Sprecher des Finanzministeriums. Die BayernLB habe sich vertraglich verpflichtet, ihre Einlagen in Höhe von

drei Milliarden Euro bei der Hypo bis 2013 zu belassen, und ob die Bayern das Geld tatsächlich abziehen werden, wisse man nicht. Das Management wisse von dem Vertrag und „wird ihn in seiner Geschäftspolitik wahrscheinlich berücksichtigen“, sagte der Sprecher.

Wie berichtet, verlangt die Nationalbank (OeNB) darüber hinaus eine Aufstockung des Eigenkapitals der Hypo Kärnten bis März 2012 in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Hier will die SPÖ wissen, wie das Fekter-Ressort diese Zahlung zu bedecken gedanke. Und welche sonstigen Zahlungen der Republik aus dem Vertrag mit der BayernLB fällig würden.

In der SPÖ-Anfrage werden nicht nur die „umstrittenen Konsolidierungsmaßnahmen“, sondern auch die „schleppende Ermittlungsarbeit“ in Sachen Hypo Alpe Adria



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: Hypo braucht noch mindestens drei Milliarden.

kritisiert. So wird von der SPÖ unter anderem gefragt, ob schon Rückforderungen aus dem „Tilo-Berlin Zwischendeal“ gestellt worden seien und wie weit die angekündigten „kompromisslosen Untersuchungen“ zu den Korruptionsverdachtsfällen seien. ♦

HORN VON AFRIKA

Österreich stockt Hilfe um 7 Millionen Euro auf

Mehr als 13 Millionen Menschen am Horn von Afrika sind von der schlimmsten Dürre seit 60 Jahren betroffen. Österreich hilft schnell und unbürokratisch.

Die Zahl der von der Hungersnot akut betroffenen Menschen wird sich laut den Vereinten Nationen bis Jahresende auf eine Million erhöhen“, erklärt Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Umso wichtiger, dass Österreich zusätzliche Hilfe leistet. Gemeinsam mit den bereits zur Verfügung gestellten 1,5 Millionen macht Österreichs Beitrag somit stattliche 8,5 Millionen Euro aus. „Somit hilft jede Österreicherin und jeder Österreicher mit einem Euro. Ein Zeichen dafür, dass wir internationale Solidarität hochhalten“, sagt Petra Bayr, SPÖ-Sprecherin für Globale Entwicklung. ♦



Bis Jahresende werden eine Million Menschen am Horn von Afrika hungern. Österreich hilft mit 8,5 Mio. Euro.

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN

Neues Lehrer-Dienstrecht kommt

Im September 2012 wird das neue Dienstrecht für Lehrerinnen und Lehrer an Pädagogischen Hochschulen (PH) in Kraft treten. Die PH werden so auf Augenhöhe mit den Unis gebracht.



Die Forschung wird gestärkt, das Weiterbildungsangebot im Sommer ausgebaut – nur zwei der vielen Vorteile, die das neue Dienstrecht für PH-Lehrende bringt. Mehr Infos unter: www.bmukk.gv.at

Präsentation der Novelle einig. Das neue Modell ist kostenneutral und gilt für alle rund 1.200 PH-Lehrenden. Statt der bisherigen Ferienregelung wird ein Jahresarbeitszeitmodell eingeführt. Das ermöglicht mehr Fortbildung für alle Lehrer. ♦

Erzählungen

Eine Frau sein ist kein Sport

Christine Nöstlingers satirisches „Hausbuch für alle Lebenslagen“ enthält ihre besten Geschichten über den schweißtreibenden Alltag unter Mitmenschen, Männern und Kindern.

Seit mehr als 40 Jahren schreibt die Wiener Autorin Christine Nöstlinger nun schon Geschichten, die Generationen von Leserinnen und Lesern begeistern. Mit ihren Kinder- und Jugendbüchern erlangte Nöstlinger Kultstatus. Jetzt – rechtzeitig zum 75. Geburtstag der Schriftstellerin – erscheint „Eine Frau sein ist kein Sport“ – eine Sammlung von Christine Nöstlingers schönsten Glossen. Es sind humorvoll-bissige, witzig-ironische Geschichten über den Alltag un-

ter Mitmenschen, Männern und Kindern. Zwischen Beziehungskisten und Haushalt, zwischen Kindererziehung und Eheleben kann frau schon manchmal die Puste ausgehen. Doch Christine Nöstlinger beweist auf ihre eigene, unnachahmliche Weise, dass es kein Problem gibt, das sich nicht mit Humor lösen lässt. Ein liebevoll-ironischer Blick auf die Höhen und Tiefen des Lebens. Und ein Buch, das Trost und Rat in allen Lebenslagen spendet. ◆

Sachbuch

Philosophische Temperamente

Peter Sloterdijks Portraits der zwanzig bedeutendsten Köpfe der europäischen Geistesgeschichte sind die perfekte philosophische Einstiegsdroge. Nun liegen sie als Taschenbuch vor.

Vierzig Jahre nach Wolfgang Issingers „Philosophischer Hintertreppe“ eröffnete Peter Sloterdijk mit seinen „Philosophischen Temperamenten“ einen neuen Zugang zu den Meisterdenkern des Abendlands – von Platon und Aristoteles über Descartes, Kant und Schopenhauer bis hin zu Foucault und Habermas. Prägnanter und treffender wurden diese herausragenden Denker noch nicht vorgestellt. Dabei verstehen sich die „Tempe-

ramente“ jedoch nicht als klassische Einführungslektüre.

„Es war meine Überzeugung – und ist es noch –, daß sie in die Philosophie keine Einführung geben kann, vielmehr muß sie von der ersten Minute an die philosophische Disziplin selber sich vorstellen, als Modus des Denkens fürs erste, als Modus des Lebens in der Folge“, so das philosophische Verständnis von Peter Sloterdijk. ◆

Geschichte

Jerusalem

Gemeinsam mit renommierten Experten blicken „Spiegel“-Autoren auf die bewegte Geschichte der arabischen Welt.

Jerusalem ist die Stadt der Städte, die Hauptstadt zweier Völker, der Schrein dreier Weltreligionen, der Schauplatz des jüngsten Gerichts und der Brennpunkt des Nahost-Konflikts. Jerusalems Geschichte bedeutet 3.000 Jahre Glauben, Fanatismus und Kampf, aber auch das Zusammenleben unterschiedlichster Kulturen. „Die Geschichte Jerusalems ist die Geschichte der Welt. Jedes Großreich hat versucht, Jerusalem zu erobern, die Ägypter und Assyrer, die Perser und die

Griechen, die Römer, die Araber, die Kreuzfahrer, die Ottomanen, die Franzosen und Briten“, so der Autor und Historiker Montefiore. Packend und farbig schildert er in seiner Biographie die zahlreichen Epochen dieser sich ständig wandelnden Stadt, ihre Kriege, Affären, Könige, Propheten, Eroberer, Heiligen und Huren, die sie mitgeschaffen und geprägt haben. Dabei macht Montefiore die Essenz dieser einzigartigen Stadt für den Leser greifbar. ◆

☐ Stk.


Christine Nöstlinger:
Eine Frau sein ist kein Sport
Residenz Verlag, St.
Pölten – Salzburg 2011;
236 S., 21,90 €

☐ Stk.


Peter Sloterdijk:
Philosophische Temperamente. Von Platon bis Foucault.
Panthleon Verlag, München
144 S., 12,40 €

☐ Stk.


Simon Sebag Montefiore:
Jerusalem. Die Biographie.
S. Fischer Verlag,
Frankfurt 2011;
872 S., 28,80 €

Unterschrift:

Name: Adresse:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

FRAUEN

213 Maßnahmen gegen Benachteiligung

Noch immer verdienen Frauen wesentlich weniger als Männer – im Jahr 2009 um 40 Prozent. Im Kampf gegen diesen Missstand hat Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bereits 213 Maßnahmen gesetzt.



SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm fordert mehr Lohngerechtigkeit.

Der Bericht zu Benachteiligungen von Frauen zeigt, dass Gleichstellungsfragen noch immer oberste Priorität haben. Brutto verdienen Frauen im Schnitt 40 Prozent weniger, Netto 32,4 Prozent. SPÖ-Frauensprecherin Gisela

Wurm fordert daher: „Dieser Gender Pay Gap muss mit allen Mitteln bekämpft werden.“ Dabei warnt Wurm vor allem vor erhöhter Teilzeitbeschäftigung. „Wir müssen alles daran setzen, auch weiterhin die Vollerwerbstätigkeit von Frauen verstärkt zu fördern, damit sie sicher und gut leben können“.

Lohngerechtigkeit jetzt!

Die topaktuelle Internetplattform www.lohngerechtigkeit.at nimmt frauenpolitische Themen aktiv in Angriff. „Dieses Angebot wird sehr gut angenommen und hilft Frauen, Ungerechtigkeiten transparent zu machen und letztendlich zu beseitigen“, betont Wurm. Doch das ist nicht die einzige Maßnahme. Zählt man alle frauenpolitischen Initiativen der SPÖ-ge-

fürten Regierung zusammen, kommt man auf 213 Maßnahmen. Das sind Maßnahmen in den Bereichen Gleichbehandlung im Arbeitsleben, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, schulische und berufliche Bildung, Sexismus, Gewalt und Gesundheit. ♦

„Dieser Gender Pay Gap muss mit allen Mitteln bekämpft werden.“

SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm

WEBTIPP

Über die Seite www.lohngerechtigkeit.at kommt man auf den Gehaltsrechner des Frauenministeriums. Dort können Frauen überprüfen, ob sie in ihrem Job gerecht entlohnt werden.

TIERSCHUTZ

Illegale Tiertransporte wirksam bekämpfen

Die Verbesserung des Tierschutzes stand im Zentrum des Gesundheitsausschusses im Parlament. Eine Reihe von Maßnahmen gegen Tierleid wurde beschlossen.

Es ist eine breite Palette an Vorschlägen zur Verbesserung der Haltungs- und Lebensbedingungen von Tieren, die von den Abgeordneten im Parlament behandelt wurden. Beschlossen wurden unter anderem ein Verbot der Entnahme von Federn und Daunen vom lebenden Tier, ein generelles Verbot des Verkaufs exotischer Tiere bei Messen und das Verbot beziehungsweise eine strenge Reglementierung der Haltung von Riesen- und Giftschlangen. Das Verbot der Lebendentnahme von Federn soll europaweit kommen. Dafür will sich auch Tierschutzminister Alois Stöger einsetzen. „Minister Stöger hat bereits in der Vergangenheit sein tatkräftiges Engagement für den Tierschutz – auch auf EU-Ebene – bewiesen.

Es bleibt zu hoffen, dass er sich mit der Forderung nach einem europaweiten Verbot jeglicher Entnahme von Daunen und Federn von lebenden Tieren durchsetzen wird“, sagt Keck, der gleichzeitig ein Importverbot für Daunen aus derartiger Produktion fordert.

Änderungen beim Tiertransport

Einigkeit herrschte bei den Abgeordneten auch über eine Änderung im Tiertransportgesetz. Die Änderung betrifft illegale Tiertransporte, bei denen auch Tierschutzwidrigkeiten festgestellt wurden. „Um illegale Tiertransporte wirksam zu bekämpfen, müssen diese Vergehen auch nach den Bestimmungen des Tierseu-



Tierschutzsprecher Dietmar Keck will ein Verbot für die Entnahme von Federn und Daunen vom lebenden Tier.

chengesetzes geahndet werden, da die Strafen strenger wären und damit eine präventive und abschreckende Wirkung hätten“, betont Keck. ♦



LÄNDLICHER RAUM

Arbeit und Lebensqualität für alle

„Die Landgestalter“ machen Politik für Menschen im ländlichen Raum.

1972 startete die Regierung Kreisky mit dem „Bergbauernsonderprogramm“ eine differenzierte Agrarpolitik, thematisierte die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft, den Anstieg der inneragrarischen Disparität und die Auseinanderentwicklung der ländlichen Regionen. Es ging um eine Politik für die „Menschen am Land“. Aufbauend auf dieser Idee wollen „Die Landgestalter“ Politik für Menschen im ländlichen Lebensraum gestalten. Es müsse verhindert werden, dass noch mehr Gewerbebetriebe abwandern, Nahversorger schließen, es noch weniger Arbeitsplätze gibt, vor allem junge Menschen abwandern, Wirtshäuser zusperren und die verbliebene ältere Generation vereinsamt. Die Landgestalter wollen Alternativen anbieten, in denen sich Menschen wiederfinden, und

Chancen bieten, eine Netzwerk- und Kooperationsstruktur zu nutzen – gegen eine einheitlich konservative Agrarpolitik, die nur an Fragen der Agrarentwicklung für Großbauern interessiert ist. SPÖ-Agrarsprecher Kurt Gaßner: „Die Landgestalter kümmern sich wieder um die Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen. Es geht um Arbeit und Lebensqualität für alle Menschen im ländlichen Lebensraum.“ Das ist noch immer das beste Mittel gegen Abwanderung. ♦



SPÖ-Agrarsprecher Kurt Gaßner unterstützt „Die Landgestalter“.

KONFERENZ

„Land beleben – Land gestalten“

Bei der Konferenz „Land beleben – Land gestalten“, wird u.a. Thomas Dax von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen die Studie „Beschäftigungswirkungen von ausgewählten Politikprogrammen für den ländlichen Lebensraum“ präsentieren. Weiters werden Projekte im ländlichen Raum vorgestellt und darüber diskutiert. Um Anmeldung bis spätestens 4.11.2011 an IOS Management (office@ios.at) wird gebeten.

Zeit: 9. November, 9.30 Uhr bis 15.30 Uhr

Ort: Hotel Modul, Peter Jordan-Straße 78, 1190 Wien

SCHULE

Wie gemeinsame Schule gelingen kann

SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer hat das Arbeitstreffen des SPÖ-Parlamentsklubs mit Vertretern des Arbeitnehmerflügels der SVP in Südtirol zur bildungspolitischen Diskussion genutzt.

Das Modell der gemeinsamen Schule bewährt sich in Südtirol seit mehr als 40 Jahren bestens. Wie mir Bildungslandesrätin Sabina Kasslatter Mur bestätigt hat, sieht man sehr deutlich, dass eine gemeinsame Schule der beste Garant ist, um Benachteiligungen von Kindern aus bildungsfernen und einkommensschwachen Elternhäusern zu beseitigen“, sagte Mayer. Im Mittelpunkt des Gespräches standen auch die pädagogische Frühförderung sowie die Pädagogenausbildung. Südtirol hat in diesen wichtigen bildungspolitischen Bereichen jahrelange Erfahrung. „Nicht umsonst ist Südtirol regelmäßig bei jenen Ländern mit den besten Pisa-Ergebnissen“, so Mayer. ♦



SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer im Gespräch mit Südtirols Bildungslandesrätin Sabina Kasslatter Mur.

FLUGSICHERUNG

Mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit – mehr Sicherheit

Österreich spielt eine aktive Rolle in der internationalen Flugsicherung. Im Verkehrsausschuss wurden nun neue Initiativen für Zentraleuropa gesetzt.

Der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Luftfahrt und speziell in der Flugsicherung kommt immer größere Bedeutung zu, da hier die Kapazitäten der nationalen Staaten schnell erreicht sind“, erklärt SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl. Im Verkehrsausschuss wurde daher die Übereinkunft zur Errichtung des funktionalen Luftraumblocks „Zentraleuropa“ beschlossen. Daran beteiligt sind Österreich, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Tschechien, Ungarn, die Slowakei und Slowenien. Ziel ist es, die bisher 36 europäischen Lufträume auf einen „Single European Sky“ zu reduzieren. Damit sollen Wartezeiten, Umwege und Koordinierungsbedarf reduziert werden. ♦



Ein neuer europäischer Luftraum soll Erleichterungen für den Flugverkehr und die Passagiere bringen.

KINDERFREUNDE

Rückgrat der Sozialdemokratie



Vor kurzem fand in Linz die Bundeskonferenz der Österreichischen Kinderfreunde statt. Dort machte

der neu gewählte Vorsitzende Christian Oxonitsch klar: „Wenn es um Fragen geht, die Kinder betreffen, kommt niemand an uns vorbei.“



Kinderfreunde(2)



Der neue Vorsitzende der Österreichischen Kinderfreunde ist der Wiener Stadtrat Christian Oxonitsch. Der oberösterreichische SPÖ-Vorsitzende Josef Ackerl wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

„Wo immer es um Kinder geht, sind die Kinderfreunde zur Stelle“, betonte Christian Oxonitsch, Wiener Bildungsstadtrat und neu gewählter Bundesvorsitzender der Kinderfreunde in seiner Antrittsrede. Jeder Bereich der Politik – ob Finanz-, Gesundheits-, Sozial- oder Bildungspolitik – betreffe auch unmittelbar Kinder und Jugendliche. „Deshalb sind wir ja dafür, dass Reiche ihren Beitrag leisten. Damit die anderen entlastet werden und damit die öffentliche Hand in Kinderbetreuung und Bildung investieren kann.“ Der wich-

tigste Bereich sei die Bildungspolitik. „Wir Kinderfreunde wollen, dass alle Kinder nach ihren Fähigkeiten gefördert und gefordert werden“, so Oxonitsch.

Bundeskanzler lobt gute Arbeit

Bundeskanzler Werner Faymann bedankte sich bei allen, die sich „mit Herz und Kraft engagieren und somit das

Rückgrat der Sozialdemokratie bilden“. Die Kinderfreunde leisten jeden Tag einen wertvollen Dienst an der Gemeinschaft, so Faymann. Eine gerechtere Gesellschaft sei teilweise schon gelungen, etwa mit der Neuen Mittelschule und dem Gratis-Kindergarten für alle 5-Jährigen. „Jetzt gilt es, diesen Weg konsequent weiterzugehen“, unterstrich der Bundeskanzler. ♦

TIROL

Ja zur Ganztagschule



Die SPÖ Tirol startet eine Kampagne für die Ganztagschule. Tirols Parteivorsitzendem LH-Stv. Hannes Gschwentner schwebt eine Schule ohne Schultasche, Hausübungen und Nachhilfe vor.

„Schule muss in der Schule erledigt werden, mit allem, was dazu gehört: Hausübungen, Lernen, individuelle Förderung“, sagt die SPÖ-Bildungssprecherin im Tiroler Landtag, Elisabeth Blanik. „Die Zeit für die Ganztagschule ist reif“, betont LH-Stv. Gschwentner: „Am Widerstand der Bevölkerung scheitert diese Idee schon lange nicht mehr, denn die Argumente sprechen für sich: Keine teure Nachhilfe, keine schweren Schultaschen und keine Hausübungen.“ Die Ganztagschule würde sowohl für Kinder als auch für Eltern Erleichterung bringen, auch finanziell: Nachhilfe gehört dann der Vergangenheit an. ♦



SPÖ Tirol

LAbg. Elisabeth Blanik und LH-Stv. Hannes Gschwentner: Schule muss in der Schule erledigt werden.

STEIERMARK

Start zur großen Mitgliederbefragung



Der Reformprozess in der steirischen SPÖ geht in die nächste Runde: Dabei sind auch die Meinungen der Mitglieder gefragt.

Bis zum Ende des Jahres läuft in der SPÖ Steiermark eine große Mitgliederbefragung, bei der insgesamt mehr als 35.000 Fragebögen versendet werden. Für SPÖ-Landesgeschäftsführer Toni Vukan ist die Einbindung der Parteimitglieder eine Selbstverständlichkeit: „Ich bin überzeugt davon, dass ein derart großer Veränderungsprozess, wie er jetzt in der SPÖ beginnt, unter größtmöglicher Beteiligung aller Betroffenen erfolgen soll. Hauptamtliche Mitarbeiter, Funktionäre und Mitglieder – sie alle sollen uns mitteilen, was geändert und verbessert gehört.“ Toni Vukan hofft auf rege Beteiligung und verspricht: „Die Ergebnisse werden ein wesentlicher Bestandteil im weiteren Verlauf des Reformprozesses der steirischen SPÖ sein.“ ♦



Die Mitgliederbefragung der SPÖ Steiermark läuft bis 16. Dezember, zum Jahresbeginn 2012 sollen die Ergebnisse vorliegen.

SPÖ Steiermark

NIEDERÖSTERREICH

Verwaltungsreform für mehr Bürgernähe, Effizienz und Sparsamkeit



Eine aktuelle Umfrage der SPÖ Niederösterreich zeigt klar: Die Bevölkerung sieht Reformpotential und zwar vor allem bei der Verwaltung und in der Bürokratie.

„Die Bevölkerung sieht Reformbedarf in nahezu sämtlichen Politikfeldern. Egal ob es um Angestellte, Arbeiter oder Beamte geht, die Menschen wollen, dass die Politik die nötigen Veränderungen umsetzt“, sagt Landeshauptmann-Stellvertreter und SPÖ NÖ-Vorsitzender Sepp Leitner. Konkret wünscht sich die Bevölkerung, so die Ergebnisse der Umfrage, mehr Bürgernähe in der Verwaltung. Es soll effizienter und sparsamer im Interesse der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher gearbeitet werden. Leitner hat konkrete Vorschläge, wie das umgesetzt werden

soll. So könnten beispielsweise die Gemeinden die Kinderbetreuung sowohl in organisatorischer als auch in finanzieller Hinsicht übernehmen. Im Gegenzug sollen Bund und Länder die Finanzierung der Spitäler zur Gänze tragen.

Niederösterreich will mehr Steuerverteilungsgerechtigkeit

Ein weiteres Ergebnis der Umfrage: 69,1 Prozent der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher wollen eine Reichen- bzw. Vermögenssteuer. „Wir müssen mit der Einführung einer Reichensteuer mehr Steuergerechtigkeit schaffen, um dringende Reformen in den Bereichen Pflege, Gesundheit und Bildung durchführen zu können“, fordert Leitner. Arbeitnehmer müssten entlastet werden, so der SPÖ Niederösterreich-Chef, „und



Gemeinsam mit der niederösterreichischen Bevölkerung macht sich LHStv. Sepp Leitner für eine Verwaltungsreform unter dem Motto „bürgernah, effizient, sparsam“ stark.

Bestverdiener müssen eben einen höheren solidarischen Beitrag in Form von Steuern leisten.“

WIEN

Auf gute Nachbarschaft



„Zusammenleben ist machbar, lieber Nachbar!“ So lautet der Plakat-Slogan der neuen Wiener SPÖ-Kampagne „Respekt. Ja, bitte!“, die sich dem Zusammenleben in der Nachbarschaft widmet.

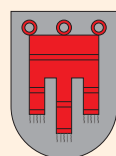
Vor kurzem startete die Wiener SPÖ die Herbstkampagne „Respekt. Ja, bitte!“ Ziel ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass Respekt und Rücksichtnahme die Grundbedingungen für ein gutes Zusammenleben sind. „Bereits kleine freundliche Gesten können gegenüber der Nachbarin und dem Nachbarn viel bewirken. So kann oft auch Konfliktstoff präventiv ausgeräumt, viel Gemeinsames gefunden und ausgebaut werden“, betont der Wiener SPÖ-Landespartei sekretär, LAbg. Christian Deutsch. Das bisherige Feedback ist äußerst positiv: „Die vielen Rückmeldungen sind ein Beleg dafür, dass wir mit der Kampagne genau das Thema ansprechen, das die Wienerinnen und Wiener derzeit besonders beschäftigt“, so Deutsch.



„Gerade im direkten persönlichen Lebensumfeld spielen Respekt und Rücksichtnahme eine besondere Rolle“, so Landespartei sekretär, LAbg. Christian Deutsch.

VORARLBERG

Überwältigendes Wahlergebnis für Olga Pircher



Bei der Landeskongress der SPÖ-Frauen Vorarlberg wurde Olga Pircher mit 96,4 Prozent als Landesfrauenvorsitzende bestätigt.

In Anwesenheit von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek fand im Frauenmuseum in Hittisau die Landeskongress der SPÖ-Frauen Vorarlberg statt. Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher blickte in ihrem Bericht auf zwei Jahre mit vielen verschiedenen politischen Aktivitäten zurück. Frauenpolitische Schwerpunkte waren und sind natürlich auch weiterhin Maßnahmen zum Schließen der Einkommensschere und für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem setzen sich die SPÖ Frauen für mehr Frauen in Führungspositionen ein und damit verbunden für gesetzliche Quoten, die ein wirksames Mittel dafür sind, wie Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen.



SPÖ-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek gratuliert Olga Pircher zu ihrer fünften Wiederwahl als Landesfrauenvorsitzende.

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Hürden abbauen, Inklusion fördern

Auf SPÖ-Initiative fand im Parlament der „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs „Behindertenpolitik – Ein Erfahrungsaustausch“ statt.



SPÖ-Abgeordnete Ulrike Königsberger-Ludwig und Sozialminister Rudolf Hundstorfer betonten, dass der Weg in der Behindertenpolitik schon lange weg von der Fürsorge, hin zur Teilhabe geht.

Es ist wichtig, die Politik für Menschen mit Behinderung an die Erfordernisse der Zukunft anzupassen. Das betonte Sozialminister Rudolf Hundstorfer bei der Veranstaltung „Behindertenpolitik – Ein Erfahrungsaustausch“, die im Rahmen des „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurses stattfand. Die Fortführung der erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik, bessere sozialrechtliche Absicherung und eine Verwaltungsvereinfachung in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bezeichnen die Sozialminister als zentrale Herausforderungen für die Zukunft.

Besonders im Bereich der persönlichen Assistenz müsse „ein Durchbruch“ gelingen, da die aktuelle Kompetenzaufteilung – der Bund kümmert sich um die Arbeitsstelle, den Ländern obliegt die persönliche Assistenz – unnötige Hürden bringt. Auch

im Bereich der Förderungen braucht es weitere Vereinheitlichungen um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Als besonders wichtig hob der Sozialminister die Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit Behinderung hervor. Hier laute der klare Auftrag, der laut Hundstorfer auch künftig weitergeführt werde: „Wie kann ich für einen guten Arbeitsplatz sorgen und eine sinnvolle Beschäftigung schaffen?“

Dank der Maßnahmen der Bundesregierung sei es

gelingen, die so genannten geschützten Werkstätten sicher durch die Krise zu führen. „Der nächste Schritt, nach der bereits erfolgten Unfallversicherung, muss die bessere sozialrechtliche Absicherung von Menschen in so genannten geschützten Werkstätten sein“, betonte der Minister. Dass erfolgreiche Bundessozialamts-Initiativen aus der Politik für Menschen mit Behinderung auch vom AMS übernommen werden, zeige sich aktuell am Projekt „Coaching und Clearing“. Dieses Projekt wird nun auch für Jugendliche ohne Behinderung übernommen und soll ihnen den Weg ins Berufsleben erleichtern.

Von der Integration zur Inklusion

Die SPÖ-Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung, Ulrike Königsberger-

Ludwig, die die Initiative zu dieser Veranstaltung gesetzt hat, hielt fest, wie wichtig der Austausch mit den Vertretern der Landesebene ist, da Behindertenpolitik sich sehr stark in Bund-Länder-Ebene gliedert und sich daraus für Menschen mit Behinderung auch Probleme ergeben. „Es geht uns darum, zu vereinfachen, zu vereinheitlichen, Hürden für die Betroffenen abzubauen“, so Königsberger-Ludwig. Sie betonte, dass der Weg in der Behindertenpolitik seit Jahrzehnten „weg von der Fürsorge, hin zur Teilhabe und weg von der Integration, hin zur Inklusion“ geht. Auch sei es „ureigenste Aufgabe der Sozialdemokratie für Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu sorgen“.

Die Veranstaltung wurde ergänzt durch Referate des oberösterreichischen Landeshauptmann-Stellvertreters, Josef Ackerl, des Tiroler Soziallandesrats Gerhard Reheis sowie der beiden Experten Max Rubisch und Hans-Jörg Hofer vom Sozialministerium (der den derzeit in Karenz befindlichen Erwin Buchinger in seiner Funktion als Behindertenanwalt vertritt) sowie einer Diskussion mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der „Österreich 2020“-Veranstaltung. ♦

„Es geht uns darum, zu vereinfachen, zu vereinheitlichen, und Hürden für die Betroffenen abzubauen.“

Ulrike Königsberger-Ludwig, SPÖ-Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung



Schwerpunktthemen im „Österreich 2020“-Meinungsforum

„Österreich 2020“ widmete sich zwei unterschiedlichen Themen, in denen es um Fragen der Integration in die Gesellschaft geht. In Innsbruck fand eine Veranstaltung zum Thema Fremdenrecht statt, in welcher der Fremdenrechtsexperte des SPÖ-Parlamentsklubs, Peter Pointner Entwicklung und Inhalt des jüngsten

Fremdenrechtspakets vorstellte. In einer regen und leidenschaftlich geführten Diskussion wurden danach die unterschiedlichen Positionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und der Gäste, darunter auch Vertreter von NGOs, ausgetauscht.

Im Parlament in Wien fand wiederum

ein Expertengespräch zur Behindertenpolitik statt. Im Erfahrungsaustausch von zuständigen politisch Verantwortlichen auf Bundes- und Länderebene stand ein Weg zur wirkungsvollen Integration von Behinderten in der Arbeitswelt im Zentrum. Ein ausführlicher Bericht der Veranstaltung findet sich auf dieser Seite. ♦

TERMINKALENDER

Mittwoch, 26.10.

Nationalfeiertag: Tag der offenen Türe

Im Bundeskanzleramt erwartet Sie ein Rundgang durch den ältesten, in Funktion stehenden Regierungssitz Europas und seine fast 300-jährigen Geschichte. Dort erfahren Sie auch Interessantes über die aktuellen Aufgaben des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes.

Auch wird es im Palais Starhemberg, dem Sitz des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur sowie des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung wieder einen Tag der offenen Tür geben. Um 12.00 Uhr und um 14.00 Uhr wird es jeweils eine Führung durch das Palais geben.

Genaue Informationen:

<http://www.nationalfeiertag.at/veranstaltungen.html>

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß,
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,
Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,
Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits,
Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber,
Bildredaktion: Emil Goldberg,
Layout: Max Stohanzl,
Coverfoto: Jantzen
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: a-Print, Klagenfurt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

Samstag, 29.10.

Regionalkonferenz 2011: „Zeit der Frauen“

Die SPÖ-Bundesfrauen veranstalten gemeinsam mit den SPÖ Frauen Burgenland diese Regionalkonferenz, um gemeinsam neue Ideen und Sichtweisen zum Thema Frauen und Politik zu entwickeln. Das Ziel ist es, neue Wege zu beschreiten und deshalb wird zum offenen Austausch (Open Space) eingeladen.

Hintergrund sind die Gemeinderatswahlen 2012: Wie schaffen wir es, dass mehr Frauen eine aktive Rolle in der Gemeindepolitik spielen? Auf welche Erfolge können wir aufbauen? Welche konkreten Maßnahmen können wir setzen, um noch mehr Frauen für Politik zu begeistern? Diese und noch weitere Fragen werden im Rahmen der Veranstaltung thematisiert.

Anmeldung unter:

gabi.tremmel@spoe.at oder
Tel.: 02682 775 260

Beginn: 14.00 Uhr

Bauernmühle, Schubertstraße 53
7210 Mattersburg

Dienstag, 01.11.

Gedenkmarsch: „Niemals Vergessen“

Mit dieser Mahnung gedenkt der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen so wie in den vergangenen Jahren auch heuer gemeinsam mit den Organisationen der SPÖ, der Wiener Bildung, den Sozialdemokratischen Frauen, der Sozialistischen Jugend und der Jungen Generation der Opfer des Kampfes gegen den Austro- und den

Nazifaschismus.

Der Gedenkmarsch führt an den Gräbern von Rosa Jochmann, Bruno Kreisky und Anton Benya vorbei zum Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer des Faschismus 1934 – 1945, wo Staatssekretär Josef Ostermayer sprechen wird. Beim Mahnmal für die Opfer der „NS-Justiz“ in der „Gruppe 40“ wird die Ravensbrück-Überlebende Katharina Sasso mahnende Worte sprechen.

Beginn: 09.00 Uhr

2. Tor des Zentralfriedhofes, Simmeringer Hauptstraße 234, 1110 Wien

Donnerstag, 03.11.

Dialogreihe: „Diaspora. Erkundungen eines Lebensmodells“

Die von Isolde Charim kuratierte Reihe hat zum Ziel, verschiedene Lebensmodelle in Extremsituationen nachzuzeichnen. Ausgangspunkt dafür ist das Konzept der Diaspora. Nicht als Synonym für Leid und Vertreibung soll die jahrhundertealte Zerstreuung unterschiedlichster Völker hier betrachtet werden, sondern in ihrem positiven Aspekt als reicher Erfahrungsschatz. Die Reihe versucht, diese Quelle anhand unterschiedlicher Zugänge zu erschließen. An diesem Abend wird Viola Bishara Mitri Al Raheb zu Gast sein und über das Thema „Wer bin ich ohne Exil? Perspektivenwechsel in der palästinensischen Diaspora“ referieren. Viola Bishara Mitri Al Raheb ist eine palästinensische Friedensaktivistin und Theologin.

Anmeldung unter:

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog, Armbrustergasse 15, 1190 Wien

NET NEWS

www.facebook.com/gabi.burgstaller

Salzburg-News aus erster Hand

Vor zwei Wochen berichteten wir an dieser Stelle über den erfolgreichen Facebook-Auftritt von Hans Niessl. Selbstredend ist der burgenländische Landeshauptmann nicht der einzige SPÖ-Spitzenpolitiker auf der Social-Media-Plattform – seine Salzburger Amtskollegin Gabi Burgstaller ist seit Oktober 2009 mit einer Seite auf Facebook vertreten. Ihre rund 2.600 Fans versorgt sie

regelmäßig mit Neuigkeiten aus der Landespolitik, aufgelockert mit Anekdoten aus dem privaten Leben der Landeshauptfrau. Parallel dazu werden laufend aktuelle Veranstaltungen- und Webtipps geteilt. Ein besonderes Highlight stellte kürzlich das „I love Salzburg Clubbing“ dar: Ein Fest mit prominenten DJs im Salzburger „Loft“, zu dem die Burgstaller-Fans exklusiv eingeladen waren. ♦



HBF



Ehren-Zeichen

Bundeskanzler Werner Faymann hat dem Gründer und Chefredakteur des „Freizeit“-Magazins, Michael Horowitz (im Bild mit Gattin Angelika Horowitz), das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky hielt die Laudatio.

HBF



Straßen-Aktion

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Es wird Zeit, dass Frauen endlich ihr Stück vom Kuchen bekommen“: Das war das Motto einer gemeinsamen Aktion von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Wiens Frauenstadträtin Sandra Frauenberger, bei der Schokokuchen-Stücke an die Wienerinnen verteilt wurden.

Buch-Messe

Kulturministerin Claudia Schmied war bei ihrem Besuch der Frankfurter Buchmesse über die starke Präsenz der heimischen Literaturszene begeistert. Bei der Buchmesse hat die Ministerin auch die vielfach ausgezeichnete österreichische Autorin Marlene Streeruwitz getroffen.



Wasser-Sport

Mitten in Wien entsteht Österreichs erste künstliche Wildwasserstrecke. Sportminister Norbert Darabos (im Bild mit Kajak-Weltmeisterin Corinna Kuhnle) hat dafür den Spatenstich gesetzt. Im Wassersportzentrum Neue Donau werden Ruder- und Kanu-Begeisterte künftig eine Heimat finden.



BMLVS

BMLUKK